

MIRIAM RÜRUP

Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945



Seit mindestens 1700 Jahren gibt es im Gebiet des heutigen Deutschlands jüdisches Leben. Ein Dekret Kaiser Konstantins aus dem Jahr 321 über die Rechte und Pflichten von Juden als Bürger der Stadt Köln gilt hierfür als erster schriftlicher Beleg.

In den folgenden Jahrhunderten pflegten Jüdinnen und Juden eine enge kulturelle Gemeinschaft in ihren Gemeinden, während sie immer wieder Vorurteilen, Diskriminierung und Übergriffen der christlichen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind.

Mit der Aufklärung und dem 19. Jahrhundert beginnt die schrittweise rechtliche Gleichstellung der jüdischen Minderheit, die in der Weimarer Republik ihre Blütezeit erlebt.

Doch trotz fortschreitender Integration bleiben antijüdische Einstellungen bestehen und verschärfen sich, bis mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein umfassender Entrechtungsprozess einsetzt, der in der Vertreibung und Ermordung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden gipfelt.

Inhalt

- 2** Spätantike und Mittelalter
- 2** Frühe Neuzeit
- 6** 19. Jahrhundert
- 8** Kaiserreich (1871–1918)
- 10** Weimarer Republik (1919–1933)
- 12** Nationalsozialistische Verfolgung (1933–1945)



Bei Ausgrabungen inmitten der Kölner Innenstadt zeigen sich die Relikte des mittelalterlichen jüdischen Viertels, u. a. mit der Mikwe und der Synagoge. Künftig wird über dem alten jüdischen Viertel ein Museum entstehen.

Spätantike und Mittelalter

Jüdisches Leben im römischen Germanien, auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, ist bereits für das 4. Jahrhundert urkundlich belegt. Jüdinnen und Juden kamen im Gefolge der römischen Legionen an verschiedene Orte im römischen Reich, zuerst im Mittelmeerraum und dann auch andernorts, wie etwa in Köln, für das ein erster urkundlicher Beleg existiert. Kaiser Konstantin hatte zunächst um 312 das Christentum als Religion im Römischen Reich anerkannt und regelte in einem Dekret aus dem Jahr 321 die Rechte und Pflichten von Juden als Bürger der Stadt Köln. Dies gilt als erster schriftlicher Nachweis einer existierenden jüdischen Gemeindeform außerhalb des Mittelmeerraumes – mehr über diese Gemeinde ist allerdings nicht bekannt. Auch an anderen Orten entlang europäischer Handelswege deuten archäologische Funde, wie etwa der einer Lampe mit dem Bild einer Menora (siebenarmiger Leuchter) in Trier, auf die Anwesenheit jüdischer Gemeinden hin. Doch für deren kontinuierliche Präsenz gibt es keine Belege.

Im Mittelalter lebten die fortan *Aschkenasen* genannten Jüdinnen und Juden als Minderheit vor allem in den Städten am Rhein, beginnend in Mainz bereits im 10. Jahrhundert, gefolgt von Trier, Worms und Speyer. Auch für Köln lassen sich wieder Aufzeichnungen jüdisches Leben betreffend finden. Seit dem 11. Jahrhundert also ist deutsch-jüdisches Leben bezeugt. Dabei entwickelten sich die sogenannten Schum-Städte (ein hebräisches Akronym der drei Anfangsbuchstaben von Speyer, Worms und Mainz) zu Orten jüdischer Gelehrsamkeit, die die Region nördlich der Alpen zu einem neuen jüdischen Zentrum werden ließ. Doch diese Blütezeit war nur von kurzer Dauer. Im Umfeld des Ersten Kreuzzugs 1096 kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, bei denen zahlreiche von ihnen ermordet wurden und andere sich den Zwangstaufen durch Selbsttötung entzogen.

So stand die Situation von Jüdinnen und Juden im Mittelalter unter einem stetigen Wechsel von Verfolgung und erneuter Ansiedlung, wobei die Zahl jüdischer Gemeinden kontinuierlich stieg. Sie standen in der Regel unter dem Schutz der Bischöfe oder des Kaisers und lebten in enger räumlicher Nähe, allein schon, um den Zugang zur religiösen Infrastruktur, beispielsweise Synagogen und Mikwen (rituelle Tauchbäder), zu gewährleisten. Auf diese Weise entstanden lebendige jüdische Gemeinden und Zentren jüdischer Gelehrsamkeit.

Waren diese Orte einerseits Ausdruck religiöser Zugehörigkeit, mussten die Jüdinnen und Juden andererseits wiederholt religiös motivierte Verfolgungen erleiden. Häufig wurden sie vermeintlicher Ritualmorde verdächtigt, weil sie angeblich für das Pessachfest das Blut christlicher Jungen benötigten. Ebenso wurden sie während der Pest in der Mitte des 14. Jahrhunderts als vermeintlich Schuldige ausgemacht und als „Brunnenvergifter“ ermordet. Diesen Pogromen fielen etwa zwei Drittel der damals in West- und Mitteleuropa lebenden Jüdinnen und Juden zum Opfer – von deutlich über 300 jüdischen Gemeinden überdauerten nur 58 diese bis dahin brutalste Ausschreitungsphase in der deutsch-jüdischen Geschichte.

Daher prägen diese Befunde bis heute die Sicht auf die jüdische Geschichte in der Vormoderne und lassen die europaweite Ausstrahlungskraft der jüdischen Gelehrsamkeit in den Schum-Städten fast verblasen. Zwar gab es vielerorts nach den Pogromen wieder jüdisches Leben, aber seine Blütephase war vorerst vorbei.

Frühe Neuzeit

Die Zentren jüdischer Gelehrsamkeit hatten sich nach Osten verlagert, Prag wurde nun zum bedeutendsten Ort der jüdischen Gemeinschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Auch die Reformation im 16. Jahrhundert brachte keinen grundsätzlichen Wandel: Juden war die Niederlassung nur noch in wenigen Reichsstädten gestattet, auf die Erlaubnis zur Niederlassung folgte häufig erneut eine Vertreibung.

Diese Situation änderte sich erst wieder in der Mitte des 17. Jahrhunderts nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648). Die vor den Pestpogromen vergleichsweise urbane jüdische Minderheit war nun eine überwiegend ländlich geprägte Gemeinschaft. Eine neue Situation entstand zudem dadurch, dass nun auch *Sefarden* im deutschen Raum lebten. Diese „*Conversos*“ waren in Spanien und Portugal zur Konversion, das heißt zum Übertritt zum Christentum, gezwungen worden und nach 1492 von der iberischen Halbinsel geflohen. Nun ließen sie sich in Amsterdam und ab 1600 auch in Hamburg nieder, wo sie häufig zum Judentum zurückkehrten. In Hamburg erhielten sie als Kaufleute und wegen ihrer guten Handelsbeziehungen

Am 22. August 1614 wird die Judengasse in Frankfurt am Main geplündert und am darauffolgenden Tag werden alle Juden aus der Stadt vertrieben. Ausgangspunkt des Pogroms war der Unmut der Zünfte über die Misswirtschaft des Stadtrates, der sich an der jüdischen Bevölkerung entlud; Kupferstich von Matthäus Merian 1619



Weltkulturerbe – die SchUM-Städte am Rhein

[...] Am dichtesten erhalten sind mittelalterlich jüdische Zeugnisse in Speyer, Mainz und Worms. Die drei Rheinstädte bilden die sogenannten SchUM-Stätten, was sich aus den Anfangsbuchstaben der mittelalterlichen hebräischen Städtenamen Schpira, Warmaisa (wie ein U gesprochen) und Magenza zusammensetzt. Staatliche Stellen und die Jüdische Gemeinde von Mainz haben seit 2004 an dem Antrag für die Aufnahme als Weltkulturerbe gearbeitet, ihn 2020 eingereicht [...]. Seit der Spätantike gibt es hier jüdisches Leben – für Mainz sind urkundliche Nennungen aus dem zehnten Jahrhundert erste Zeugnisse, und hier wurde wohl schon um 900 eine Synagoge gebaut. Im Mittelalter wären die Städte ohne jüdisches Leben nur halb so lebendig, gelehrt, international vernetzt – und wohlhabend – gewesen.

Die drei jüdischen Gemeinden an der Handelsader Rhein waren Zentren religiösen und kulturellen jüdischen Lebens nördlich der Alpen („Aschkenas“). Um 1220 gründeten sie durch die gemeinsame Verabschiedung von Gemeindegesetzen, die Historikern bis heute als „Satzungen der Gemeinden von SchUM“ (Takkanot Kehillot SchUM) bekannt sind und die jüdische Kultur, Religion und Rechtsprechung in der Diaspora prägten, einen Verbund. Aus all diesen drei Bereichen haben sich in den drei SchUM-Stätten herausragende bauliche Zeugnisse vor allem des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts erhalten: die jeweiligen Synagogen und Friedhöfe für die Religion, die „Frauensschulen“ als Beträume für Frauen, die im dreizehnten Jahrhundert erstmals in den SchUM-Gemeinden fassbar sind, und die „Mikwaot“ für die Ritualbadkultur sowie die „Jeschiwot“ als Lehr- und Lernhäuser. Die SchUM-Stätten waren aber auch integraler Bestandteil aller drei mehrheitlich christlichen Stadtgesellschaften, trotz vieler Rückschläge, die es etwa durch verheerende Pogrome und damit einhergehende Vertreibungen wiederholt gab.

Ein erstaunliches Dokument hat sich vom Speyerer Bischof und Stadtherrn Huzmann aus dem Jahr 1084 erhalten: „Im Namen der heiligen und unteilbaren Dreifaltigkeit. Ich, Rüdiger, mit Beinamen Huzmann, Bischof von Speyer, glaube in meinem Bestreben, aus dem Dorf Speyer eine Weltstadt zu machen, die Ehre unseres Ortes durch Ansiedlung von Juden noch mehr zu heben.“ Diese zugegeben selten weitreichende Integration hatte im mittelalterlichen Speyer konkrete Auswirkungen: Die Juden hatten Handelsfreiheit sowie das Recht, Grundbesitz zu erwerben und einen eigenen Friedhof anzulegen. Der planmäßig konzipierte Komplex um die Speyerer Synagoge wurde zusammen mit der Stadterwei-



Der Friedhof „Heiliger Sand“ in Worms ist der älteste jüdische Friedhof Europas. Er weist rund 2000 Gräber auf. Seit 2021 gehört er als Teil der SchUM-Stätten zum UNESCO-Weltkulturerbe.

terung um 1080/90 ausgeführt, und an der monumentalen, elf Meter tief in den sandigen Untergrund geschachteten Mikwe waren wohl Mitglieder der Dombauhütte beteiligt. [...]

Kunsthistorisch interessant ist, dass alle in den SchUM-Synagogenanlagen eingesetzten salischen und staufischen Stilformen später im Historismus des neunzehnten und noch des frühen zwanzigsten Jahrhunderts zum verbindlichen Baustil für alle weiteren Synagogen wurden. [...]

In Worms, dessen Synagogenbezirk vor 1034 errichtet wurde, steht auch das Raschi-Haus, benannt nach dem 1040 im französischen Troyes geborenen Rabbi Schlomo ben Jizchak, der als bedeutender Gelehrter der SchUM gilt. [...] Ebenso befindet sich in Worms die erste bekannte jüdische Frauenschule Europas aus dem dreizehnten Jahrhundert. In Speyer sind von der ebenfalls romanischen Frauenschule noch ein doppelböiges Biforiumsfenster und ein Hörfenster zu sehen.

In der Kurzform des Antrags heißt es: „Die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz bilden ein unvergleichliches Spektrum jüdischer Gemeindezentren und Friedhöfe aus dem 10. bis 13. Jahrhundert, die die kulturellen Leistungen europäischer Jüdinnen und Juden in der Formationsphase des aschkenasischen Judentums bezeugen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Außer [dass dem Antrag 2021 stattgegeben wurde – Anm.d.Red.] [...].

Stefan Trinks, „Späte Anerkennung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 2021

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

ein begrenztes Niederlassungsrecht – Judenordnungen regelten den Aufenthalt von Juden und Jüdinnen in den vielen deutschen Territorien entsprechend unterschiedlich.

Gemeinsam war allen Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft die Einschränkung der Freizügigkeit, sowie der streng reglementierte und ausgewählte Zugang zu Berufen – so waren Juden nicht für Zunftberufe zugelassen, konnten also nicht Handwerker werden. Als „Schutzjuden“ der jeweiligen Landesherren waren sie an deren Wohlwollen gebunden und konnten sich somit nie vollends sicher fühlen, da dieser Schutz letztlich an ihre Nützlichkeit gekoppelt war. Ihr Aufenthalt war also noch lange kein Grundrecht, sondern ein Privileg, das verdient werden musste.

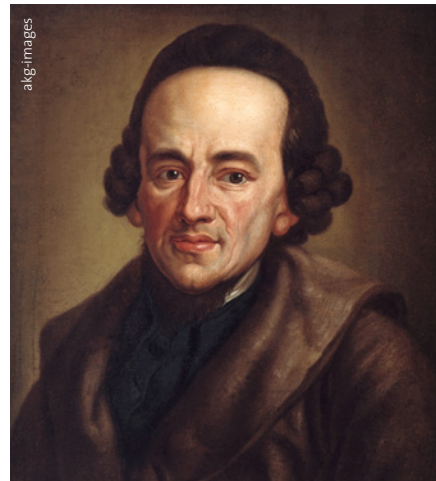
Diese Verknüpfung war es auch, mit der die deutsch-jüdische Minderheit in die Moderne eintrat. Im Zuge der Aufklärung im 18. Jahrhundert verfasste der preußische Beamte Christian Wilhelm Dohm 1781 die Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Die Diskussion über die Stellung der Juden in der christlichen und sich zunehmend als deutsch verstehenden Gesellschaft beschäftigte auch die jüdischen Aufklärer. Zu ihnen gehörte als bedeutendster Vertreter Moses Mendelssohn (1729–1786), der in seinen Forderungen an die jüdische Minderheit teilweise sogar über Dohm hinausging, gegenüber der Mehrheitsgesellschaft wiederum darauf drang, dass Juden als gleichberechtigte Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft unter Wahrung ihrer jüdischen Zugehörigkeit anerkannt werden.

Moses Mendelssohn – Plädoyer für jüdische Gleichberechtigung, 1782

Dank sei es der allgütigen Vorsehung, daß sie mich am Ende meiner Tage noch diesen glücklichen Zeitpunkt hat erleben lassen, in welchem die Rechte der Menschheit in ihrem wahren Umfange beherzigt zu werden anfangen. Wenn bisher von Duldung und Verträgsamkeit unter den Menschen gesprochen ward, so war es immer die schwächere, bedrückte Partei, die sich unter dem Schutze der Vernunft und der Menschlichkeit zu retten suchte. [...] Ist es Zweck der Vorsehung, daß der Bruder den Bruder lieben soll, so ist es offenbar die Pflicht des Stärkern, den ersten Antrag zu tun, die Arme auszustrecken, und [...] zu rufen: Laß uns Freunde sein! -- Was aber auch über Toleranz bisher geschrieben und gestritten ward, ging bloß auf die drei im R. R. [Heiliges Römisches Reich deutscher Nation; als gleichberechtigte Konfessionen wurden Katholiken, Lutheraner und Calvinisten durch den Westfälischen Frieden von 1648 anerkannt – Anm. d. Red.] begünstigten Religionsparteien, und höchstens auf einige Nebenzweige derselben. An Heiden [keiner monotheistischen Religion angehörig – Anm. d. Red.], Juden, Mahometaner [veraltete Form von Muslim/Muslima – Anm. d. Red.] und Anhänger der natürlichen Religion [Naturalisten; Religionen, deren Glauben an zentrale religiöse Wahrheiten geknüpft ist, die in der Natur der menschlichen Vernunft gründen und nicht in der Offenbarung – Anm. d. Red.] ward entweder gar nicht oder höchstens nur in der Absicht gedacht, um die Gründe für die Toleranz problematischer zu machen. Nach euern Grundsätzen, sprachen die Widersacher derselben, müßten wir auch Juden und Naturalisten nicht nur hegen und dulden; sondern auch an allen Rechten und Pflichten der Menschheit Teil nehmen lassen [...] [...]

Unterdessen mache ich mir das Vergnügen mit Herrn [Christian Wilhelm] Dohm über die Gründe nachzudenken, die der Menschenfreund hat, die bürgerliche Aufnahme meiner Mitbrüder zu begünstigen, über die mancherlei Schwierigkeiten, die sich dabei finden, und vielleicht zum Teil von Seiten der zu bildenden Nation selbst in den Weg gelegt werden dürften; und diese mit den Vorteilen zu vergleichen, die dem Staate zu wachsen werden, dem es zuerst gelingen wird, diese [oben genannten – Anm. d. Red.] [...] zu seinen Bürgern zu machen, und eine Menge von Händen und Köpfen, die zu seinem Dienste geboren sind, auch zu seinem Dienste anzustrengen. – Als philosophisch-politischer Schriftsteller, dünkt mich, hat Herr Dohm die Materie fast erschöpft, und nur eine sehr geringe Nachlese zurück gelassen. Seine Absicht ist, weder für das Judentum, noch für die Juden eine Apologie [=Verteidigungsrede – Anm. d. Red.] zu schreiben. Er führet bloß die Sache der Menschheit, und verteidiget ihre Rechte. Ein Glück für uns, wenn diese Sache auch zugleich die unserige wird, wenn man auf die Rechte der Menschheit nicht dringen kann, ohne zugleich die unserigen zu reklamieren. [...]

Merkwürdig ist es, zu sehen, wie das Vorurteil die Gestalten aller Jahrhunderte annimmt, uns zu unterdrücken, und unserer bürgerlichen Aufnahme Schwierigkeiten entgegen zu setzen. [...] Man fährt fort, uns von allen Künsten, Wissenschaften und andern nützlichen Gewerben und Beschäftigungen der Menschen zu entfernen; versperrt uns alle Wege zur nützlichen Verbesserung, und macht den Mangel an Kultur zum Grunde unserer fernern Unterdrückung. Man bindet uns die Hände, und macht uns zum Vorwurfe, daß wir sie nicht gebrauchen.



Moses Mendelssohn (1729–1786), Vertreter der jüdischen Aufklärung

Mit Recht hat Dohm jene unmenschliche Anklagen der Juden, die die Merkmale der Zeiten und der Mönchszellen an sich tragen, in denen sie ausgeheckt worden, kaum einer flüchtigen Berührung gewürdigt. [...] Er hat sich also bloß darauf eingeschränkt, diese der Kultur und verbesserungsreichen Zeiten angemessenere Beschuldigungen zu bestreiten, und dem philosophischen Vorurteile philosophische Gründlichkeit entgegen zu setzen. Indessen hat doch die Vernunft und der Forschungsgeist unseres Jahrhunderts noch bei weitem nicht alle Spuren der Barbarei in der Geschichte vertreten. Manche Legende der damaligen Zeit hat sich erhalten, weil noch niemanden eingefallen ist, sie in Zweifel zu ziehen. Manche sind mit so gewichtigen Autoritäten belegt, daß nicht jeder die Stirn hat, sie geradezu für Legende und Verleumdung zu halten. Andere haben sich den Folgen nach noch immer erhalten; obgleich sie selbst schon lange nicht mehr geglaubt werden. [...]

„Soll Entscheidung von jüdischen oder christlichen Richtern geschehen?“ Ich antworte, von obrigkeitlichen Richtern. Gleichviel, ob sie der jüdischen, oder einer andern Religion anhängen. Sobald die Glieder des Staats, welcher Meinung in Religionsachen sie auch zugetan sind, gleiche Rechte der Menschheit genießen; so kann auf diesen Unterschied nichts ankommen. Der Richter soll ein gewissenhafter Mann sein, und die Rechte verstehen, nach welchen er seinen Nebenmenschen Recht sprechen soll. [...]

Mendelssohn, Moses [1782]: Vorrede zu Manasse ben Israels „Rettung der Juden“, in: Moses Mendelssohn / Michael Albrecht (Hg.): Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum: mit dem Vorwort zu Manasse ben Israels Rettung der Juden und dem Entwurf zu Jerusalem, Philosophische Bibliothek, Bd. 565, Hamburg: Felix Meiner Verlag 2005, S. 3 ff.; online unter <https://meiner-elibrary.de/media/upload/leseprobe/9783787319923.pdf> einsehbar



→ Mehr zur

**jüdischen Aufklärung und
Moses Mendelssohn erfahrt ihr
in diesem Video.**

Chaile Kaulla – Königlich Württembergische Hofbanquière

Chaile Raphael Kaulla kommt aus einer wohlhabenden jüdischen Familie, die ihr eine sorgfältige Erziehung bieten kann, zu der – ganz im Zeichen der Begeisterung der jüdischen Oberschicht für das Gedankengut der Aufklärung – auch der Unterricht in deutscher Sprache gehört.

1757 heiratet Chaile Kaulla Akiba Auerbach; da sich ihr Mann ausschließlich einem religiös akzentuierten Gelehrtenstand widmet, muß Chaile für den materiellen Unterhalt der Familie und die Erziehung der zahlreichen Kinder sorgen. Sie kann diese für das damalige jüdische Alltagsleben paradigmatische Rollenverteilung nutzen, um eine erfolgreiche Karriere im Wirtschaftsleben zu beginnen.

Chaile Kaulla ist in jeder Beziehung eine Ausnahmestellung. Anders als die vielen jüdischen Frauen, die die Unternehmen interimistisch bis zur Geschäftsfähigkeit der Kinder tatkräftig führen und dann bescheiden in den Hintergrund treten, führt Chaile das Handelshaus Kaulla selbstbewußt von Anfang an als Chefin und vertritt es auch nach außen hin – gegenüber Landesfürsten, Beamten und Geschäftspartnern. Unterstützt wird sie von ihrem fähigen Bruder und Teilhaber der Firma, Jakob Raphael.

Die Basis des Geschäfts sind zunächst der Pferdehandel und Juwelenlieferungen, zeitweise auch der Salzhandel. Chaile Kaulla wird 1768 zur Hoffaktorin der Familie Fürstenberg in Donaueschingen ernannt. 1769 gelingt es ihr, freies Geleit für sich und ihre Waren zu erhalten.

Einen größeren Umfang gewinnen ihre Geschäfte, als sie Hoffaktorin für das Fürstentum Hohenzollern wird und die Firma ihren Sitz nach Hechingen verlegt. 1770 ernannt Herzog Karl Eugen von Württemberg Chaile zur Hoffaktorin; sie darf sich aber zunächst nicht in den Residenzen Stuttgart und Ludwigsburg niederlassen. 1777 wird ihr nach mannigfachen erfolglosen Bemühungen die Zollfreiheit für Lieferungen an den Hof – und damit eine deutliche Privilegierung gegenüber der Konkurrenz – zugestanden.

Schon frühzeitig betreiben die beiden Kaullas neben dem Waren- und Pferdehandel ein Bankgeschäft, doch kommen die ganz großen ökonomischen Erfolge erst mit den napoleonischen Kriegen, als die Kaullas als Heereslieferanten für die Armee des deutschen Kaisers und die Kreiskontingente auftreten, das Haus Hohenzollern-Hechingen bei der Aufbringung der französischen Kontribution unterstützen und als Vermittler in der Subsidienpolitik deutscher Fürsten fungieren.

1802 gründen die Geschwister auf Anregung Herzog Friedrichs von Württemberg ein eigenes Bankhaus, M. u. J. [Madame und Jakob] Kaulla; die Finanzgeschäfte werden also vom Warenhandel getrennt. Im gleichen Jahr beteiligt sich das Bankhaus Kaulla an der Gründung der Württembergischen



Chaile Kaulla (1739–1809), Unternehmerin und Hofbankière, ca. 1805

Hofbank; die Kaullas halten die Hälfte des Gründungskapitals, der Herzog und spätere König bringt die andere Hälfte ein. Gegen die Etablierung dieser vom Landesherrn privilegierten Privatbank regt sich in der Kaufmannschaft erbitterter, aber erfolgloser Widerstand.

Nachkommen der Familie Kaulla sitzen in den Leitungsgremien der Bank, bis diese 1924 im Zuge des großen Privatbanksterbens in der Deutschen Bank aufgeht. Daß das Bankhaus überhaupt so lange überlebt hat, verdankt es seinen lukrativen Beziehungen zu den Rothschilds und einem vorsichtigen und konservativen Geschäftsgebaren.

Madame Kaulla ist also schließlich „Kgl. Württembergische Hofbanquière“ geworden. Das Haus Habsburg verleiht ihr 1807 die große goldene Ehrenkette mit Medaille. 1806 erhalten fünf Mitglieder der Familie Kaulla mit allen Nachkommen die vollen Untertanenrechte in Württemberg.

Madame Kaulla, die die jüdischen Religionsgesetze stets streng beachtet, unterstützt großzügig karitative Einrichtungen: sie stiftet eine Talmudschule in Hechingen und initiiert die hochdotierte Kaullaische Familienstiftung. Die Inschrift ihres Grabsteines auf dem jüdischen Friedhof in Hechingen hält das Gedenken an die bedeutendste Hoffaktorin in Deutschland wach: „Hier ruht ein Weib, das groß in ihrem Volke, groß in ihrem Vaterlande gewesen.“

Elfi Pracht, „Kaulla, Chaile (Karoline Raphael)“, in: Jutta Dick / Marina Sassenberg (Hg.): Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert, © 1993, Rowohlt Verlag GmbH, Hamburg, S. 207 ff.

19. Jahrhundert

Damit war das Programm definiert, das in der nun einsetzenden Epoche zur schrittweisen rechtlichen Gleichstellung („Emanzipation“) der jüdischen Minderheit führen sollte: Gleichstellung konnten Juden erlangen, wenn sie sich in Gegenleistung erfolgreich anpassten und sich beispielsweise in die Sozialstruktur der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft einfügten. 1782 erteilte Kaiser Joseph II. mit einem sogenannten Toleranzedikt Juden in der Habsburgermonarchie das Recht, in freien Berufen und im Handwerk zu arbeiten sowie sich frei niederzulassen. In Frankreich erlangten Juden die Gleichstellung im Zuge der Französischen Revolution, was auch für alle unter französischer Herrschaft stehenden deutschen Territorien galt, wie etwa das Königreich Westphalen. Und 1812 erließ Preußen ein Edikt, mit dem Juden zu „Einländern und preußischen Staatsbürgern“ gemacht wurden.

Doch diese zaghaften Anfänge erfuhren schon recht bald einen herben Rückschlag. Mit dem Ende der Ära Napoleons und dem Wiener Kongress von 1815 sollte die alte Ordnung wiederhergestellt werden – die Restaurationsphase begann. Für Jüd-



„Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preussischen Staate“ vom 11. März 1812. Mit dem Edikt werden jüdische Einwohner Staatsbürger und bekommen in den meisten Teilen Preußens formal gleiche Rechte zugesprochen.

1844 wird die Synagoge des Neuen Israelitischen Tempelvereins in Hamburg eingeweiht. Der Verein gründete sich im Zuge der Reformbewegung, die durch Israel Jacobson in Seesen initiiert wurde; Holzstich von 1845

Rahel Levin Varnhagen – Beobachterin des Zeitenwandels

Vor 250 Jahren, am 19. Mai 1771, wurde Rahel Varnhagen als älteste Tochter des jüdischen Bankiers Markus Levin in Berlin geboren. Sie wuchs in eine bewegte Zeit hinein: Die Französische Revolution und in ihrer Folge die Kriege Napoleons sollten die Welt grundlegend verändern, Aufklärung und Romantik, Freiheitskriege und Judenemanzipation trafen zusammen.

Rahel, mehrsprachig, gebildet und sensibel, wurde schnell berühmt für die von ihr organisierten geselligen Zusammenkünfte in ihrem Salon, in dem sich berühmte Zeitgenossen, Männer, Frauen, Adelige und Bürgerliche, Juden und Christen zum freundschaftlichen Gedankenaustausch trafen. Das Dialogische stand dort genauso im Vordergrund wie in ihrer umfangreichen Korrespondenz.

Rahel Varnhagen war eine exzessive Briefeschreiberin. Vor allem im Briefwechsel mit ihrer Familie kommt zur Sprache, was deutsch-jüdische Geschichte damals prägte.

Die ersten Briefe sind noch in hebräischen Buchstaben verfasst. Chaie Levin, Rahels Mutter, schreibt Mitte der 1780er-Jahre an ihre Tochter, die auf die jüngeren Geschwister aufpasst, während sie die Leipziger Messe besucht. Die letzten Briefe schreibt Rahel, die 1814 den Diplomaten und Publizisten Karl August Varnhagen von Ense geheiratet hatte, kurz vor ihrem Tod 1833.

Dazwischen wird das Leben einer jüdischen Familie in der Zeitenwende erfassbar. Es geht um den Zusammenbruch Alt-europas, die Niederlage Preußens 1806 und die Flucht aus dem französisch besetzten Berlin; die Begegnung mit der traditionellen jüdischen Welt und die Frage der Konversion zum Christentum; um die Restauration nach dem Wiener Kongress und antisemitische Unruhen 1819.

Rahel und ihre politisch und kulturell äußerst aufmerksame Familie setzen sich mit diesen Veränderungen ihrer Zeit auseinander – einer Zeit, in der alles neu bedacht werden muss. Doch zeigen die Briefe auch eine Frau, die das Nachdenken



Im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert ermöglichen wohlhabende Gastgeberinnen in Deutschland private gesellige Zusammenkünfte, in denen sich Geistesgrößen aus Politik, Wissenschaft und Kultur zu Diskussionen, Lesungen oder musikalischen Veranstaltungen einfinden. Eine dieser Gastgeberinnen war die Jüdin Rahel Varnhagen (1771–1833).

über politische und theoretische Fragen nicht den Männern überlassen will.

Rahel merkt bald, dass auf dem Weg in die Moderne ganz neue Ungleichheiten und Ausgrenzungen drohen. Ihre Briefe fesseln noch heute durch Unmittelbarkeit und Spontaneität. Gemeinsam mit der Familie versucht sie zu erkunden, welche Welten sich öffnen und welche sich ihnen auch gleich wieder verschließen.

Barbara Hahn, „Rahel Levin Varnhagen. Die Zeit des Umbruchs in Briefen erfasst“, in: Deutschlandfunk Kultur vom 30. Mai 2021

nen und Juden bedeutete die „alte Ordnung“ eine Rücknahme oder zumindest Einschränkung neu erlangter Freiheitsrechte. So wurde das preußische Emanzipationsgesetz von 1812 beispielsweise in den neuen Landesteilen nicht angewandt und in Bayern begrenzte weiterhin ein Gesetz die Höchstzahl zugelassener jüdischer Familien. 1819 griffen nicht-jüdische Nachbarn – darunter Studenten und Mitglieder von Handwerkszünften und Kaufmannsgilden – erstmals in der Moderne ihre jüdischen Nachbarn in pogromartigen Übergriffen an, die als „Hep-Hep-Unruhen“ bekannt wurden. Benannt wurden diese nach dem Schlachtruf, der die Ausschreitungen begleitete. Von Süddeutschland ausgehend in Würzburg, Frankfurt am Main und auch Hamburg wüteten sie gegen Juden und damit zugleich gegen die Vorstellung von deren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gleichstellung.

Jüdinnen und Juden orientierten sich hingegen eher an den Möglichkeiten, die ihnen die gesellschaftlichen Entwicklungen im neuen Jahrhundert zu versprechen schienen. Zu diesen gehörten tiefgreifende sozial-demografische Veränderungen: Diese zeichneten sich aus durch einen besonders hohen Grad an Verstädterung, einen beachtlichen sozialen Aufstieg, verbunden mit meist höherem Ausbildungsgrad, zugleich aber weiterhin einer recht spezifischen Berufsstruktur sowie tendenzieller Überalterung.

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte ein gesamtgesellschaftlicher Bevölkerungszuwachs ein, der innerhalb der jüdischen Bevölkerung besonders spürbar war. So stieg die Zahl der Jüdinnen und Juden von 260 000 um 1815 auf etwa 400 000 im Revolutionsjahr 1848. Dennoch betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur selten mehr als ein Prozent. Zudem bestanden große regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen, geprägt von den rechtlichen Rahmenbedingungen für Ansiedlung, Familiengründung oder Vererbung von Rechten.

Besonders auffallend an der Entwicklung im 19. Jahrhundert war der soziale Aufstieg, der sich vor allem ab der Jahrhundertmitte bemerkbar machte. Jüdinnen und Juden ergriffen die beruflichen Möglichkeiten, die der grundlegende Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Zeitalter der Industrialisierung bot. Während viele von ihnen zuvor im Hausier- und Trödelhandel tätig gewesen waren, eröffneten sie nun Ladenlokale, wechselten vom Klein- zum Großhandel oder wurden Unternehmer. Dies führte auch zu einem Rückgang

der Zahl von Jüdinnen und Juden, die in Armut lebten und noch bis zur Jahrhundertmitte etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung ausgemacht hatten.

Neben die als Emanzipation verstandene rechtliche Gleichstellung trat eine weitere Entwicklung, die für das 19. Jahrhundert kennzeichnend war: Die jüdische Minderheit nahm sich die neu entstehende bildungsbürgerliche Kultur zum Vorbild. Das Bildungsbürgertum schien ihnen als neu entstehendes, säkulares gesellschaftliches Milieu besonders aufgeschlossen gegenüber sozialen Aufsteigern und Neulingen zu sein. Dazu gehörten als Teil des bürgerlichen Lebensstils im 19. Jahrhundert Geselligkeit, Musik und Bildung. Zahlreiche Vereine entstanden, in denen sich auch Jüdinnen und Juden begeistert engagierten. Diese Veränderung vollzog sich in einer gesamtgesellschaftlichen Umbruchphase, umfasste einen Wandel in der Berufsstruktur, im Einkommen und im Lebensstil und wird auch als Verbürgerlichung beschrieben.

Mit diesen Veränderungen ging einher, dass sich das religiöse jüdische Selbstverständnis wandelte und zunehmend ausdifferenzierte. Bereits 1810 hatte Israel Jacobson in Seesen an einer jüdischen Schule eine Reform des Gottesdienstes eingeführt. Mit der Gründung des Neuen Israelitischen Tempelvereins im Jahr 1817 in Hamburg schuf sich dieses neu entstehende Reform-Judentum erstmals eine Institution. Es entstand eine durchaus heftig umstrittene Neuausrichtung des Judentums, die beispielsweise gemeinsamen Chorgesang, Predigten in deutscher Sprache und Orgelmusik in den Gottesdiensten einführte. In Abgrenzung zu den reformorientierten Juden tauchte etwa zeitgleich für die traditionell gesetzestreuen Juden der Begriff Orthodoxie auf. Die ebenfalls einsetzenden Veränderungen innerhalb des traditionellen Judentums wurden nun unter der Bezeichnung „Neo-Orthodoxie“ zusammengefasst.

Noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein war das Judentum ausschließlich religiös und vor allem im ländlichen Raum in religiösem Sinne meist homogener und weitgehend traditionell gesetzestreu geblieben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bestanden dagegen nicht nur verschiedene religiöse Strömungen nebeneinander, sondern es wurde überdies möglich, eine jüdische Identität jenseits des religiösen Selbstverständnisses zu leben. Religion wurde zunehmend zur Frage der inneren Einstellung und Privatsache, die einer Identifikation mit der deutschen Nation nicht widersprach.



Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809–1847), Komponist, Dirigent und Instrumentalsolist, 1847. Auf Wunsch des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. komponiert er 1843 die Bühnenmusik zu Shakespeares Komödie „Ein Sommernachtstraum“.

Kaiserreich (1871–1918)

Aufgrund der Industrialisierung setzte im 19. Jahrhundert ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel ein. Dieser verstärkte sich im Gefolge der Reichsgründung. Die bereits zuvor begonnene Landflucht verstärkte sich, da sich in den Städten neue wirtschaftliche und berufliche Perspektiven boten. Die jüdische Minderheit war mobiler im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und konzentrierte sich fortan verstärkt in einigen regionalen Zentren.

Die Hälfte aller in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden siedelten in Preußen, nach den Gebietsvergrößerungen aus dem Jahr 1866 waren es sogar 62 Prozent. Ein Fünftel lebte in Bayern. Um 1870 lebten die deutschen Jüdinnen und Juden in etwa 2000, vor allem kleineren Gemeinden sowie in vier Großgemeinden mit über 2000 Mitgliedern. Etwa zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung gehörten ab dem Kaiserreich zum vor allem städtischen Bürgertum.

Antijüdische Einstellungen blieben im Kaiserreich nicht nur bestehen, sondern erfuhren eine dramatische politische Verschärfung: Zum christlichen Antijudaismus kamen nun der politische und der rassistisch geprägte Antisemitismus hinzu. Ausgerechnet im Jahrzehnt nach der reichsweiten gesetzlichen Gleichstellung der deutschen Juden, die ab der Reichseinigung 1871 galt, brachte der Journalist und Mitbegründer der „Antisemiten-Liga“ Wilhelm Marr (1819–1904) im Jahr 1879 den Begriff des Antisemitismus in Umlauf. In diesem neuen Verständnis nicht-religiöser Judenfeindschaft konnten Jüdinnen und Juden ihr Judentum nunmehr nicht mehr durch den Übertritt zum Christentum hinter sich lassen. Der Antisemitismus kann somit auch als Antwort auf die jüdische Emanzipation gelesen werden: Je mehr Juden sich in die „allgemeine“ Gesellschaft integrierten, desto bedrohlicher schien der „jüdische Geist“ einigen Judenhassern zu werden.

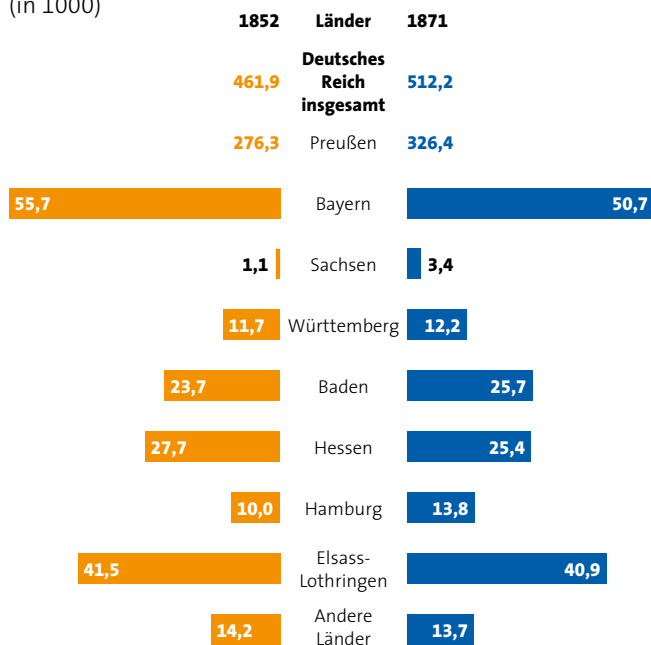
Zwei Personen trugen maßgeblich zur Radikalisierung und Verbreitung des Antisemitismus bei: der preußische Hofprediger Adolf Stoecker (1835–1909) und der Historiker Heinrich von Treitschke (1834–1896). Stöcker gründete 1878 die erste antisemitische Partei unter dem Namen Christlich-Soziale Arbeiterpartei. Treitschke beklagte in den preußischen Jahrbüchern die zunehmende Macht der Juden und äußerte den berüchtigten und von den Nationalsozialisten später vielfach aufgegriffenen Satz: „Die Juden sind unser Unglück“.

Dies hatte die Gründung etlicher antisemitischer Gruppen und Initiativen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen zur Folge. Der Antisemitismus war nicht nur salonfähig, sondern wurde ein Massenphänomen. Hinzu kamen ab den 1890er-Jahren rassistische und völkische Vorstellungen vom Judentum. Der Antisemitismus als modernes Phänomen wurde somit zu einer Geisteshaltung der Anti-Moderne. Diese gesellschaftliche Verbreitung der antisemitischen Grundhaltung im Alltag und jenseits politischer Organisation wird auch als „kultureller Code“ (so die israelische Historikerin Shulamit Volkov) bezeichnet.

Und doch war das Kaiserreich für die deutsch-jüdische Minderheit eine Epoche des sozialen Aufstiegs und der weiteren Ausdifferenzierung jüdischer Lebenswelten. Es gründeten sich jüdische Organisationen und Vereine in allen Lebensbereichen – so etwa 1904 der Jüdische Frauenbund, der sich für bessere Bildungschancen und berufliche Möglichkeiten für Frauen einsetzte, oder der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), der 1893 entstand und sich aktiv gegen antisemitische Anwürfe engagierte. Dazu kamen Bibliotheken und Lesehallen, Turnvereine und sogar Studentenverbindungen. Ihnen allen war in unterschiedlichem Maße gemein, dass sie das Selbstbewusstsein der jüdischen Mitglieder stärken wollten.

Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in den deutschen Staaten 1852–1871

(in 1000)



Uriel O. Schmelz, Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, 83 (1989), S. 15–62, S. 21. Zitiert nach: Andreas Reinke, Geschichte der Juden in Deutschland 1781–1933, Darmstadt: wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 2007, S. 50

Turner des jüdischen Turn- und Sportvereins Bar Kochba 1902. Dieser wurde 1898 als erster jüdischer Sportverein im deutschen Kaiserreich gegründet.





Jüdische Männer zogen überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil auf Seiten Deutschlands in den Ersten Weltkrieg – auch um ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Loyalität zu dokumentieren. Militärgottesdienst an Jom Kippur 1915 in der Brüsseler Synagoge

Ende des 19. Jahrhunderts betrat eine neue Bewegung die politische Bühne: der politische Zionismus. Aus der älteren, religiösen Vorstellung der Rückkehr nach Zion (Jerusalem) entwickelten sich vor allem im Osten Europas verschiedene kulturelle, religiöse und sozialistische zionistische Strömungen, die davon träumten, eine jüdische „Heimstatt“ in Palästina zu gründen. Mit dem Ersten Zionistenkongress in Basel 1897, der auf Anregung des Publizisten Theodor Herzl (1860–1904) zustande kam, nahm das Vorhaben konkrete Formen an. Der politische Zionismus etablierte sich zunehmend als Institution. In Deutschland wurde er zwar nie zu einer Massenbewegung, doch zahlreiche der zionistischen Vordenker und Akteure stammten aus dem deutsch-jüdischen Milieu, wie etwa Kurt Blumenfeld, Martin Buber oder Otto Warburg.

Im Kaiserreich wuchs die Bevölkerung an und mit ihr natürlich auch die zu ihr gehörende jüdische Minderheit. Allerdings war deren Zuwachs auch auf Einwanderung aus dem Osten Europas zurückzuführen. Von dort und den preußischen Ostprovinzen wanderte die jüdische Bevölkerung nicht nur infolge starker Armut und der schlechten Wirtschaftslage ab, sondern auch in Reaktion auf antijüdische Ausschreitungen seit den 1880er-Jahren. Bis 1910 wanderten in das gesamte Deutsche Kaiserreich rund 70 000 Juden aus Osteuropa ein. Die meisten von ihnen ließen sich in den großen Städten Preußens, Sachsens und Bayerns nieder.

Viele dieser ostjüdischen Einwanderer stammten aus dem zaristischen Russland, das wegen seiner antisemitischen Gesetzgebung als einer der Hauptfeinde der Juden galt. Dies trug vermutlich dazu bei, dass ein Großteil der jüdischen Minderheit den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in dem das Deutsche Kaiserreich auch gegen Russland kämpfte, erwartungsvoll begrüßte. Nicht zuletzt erhofften sie sich, dass auf den vom Kaiser verkündeten „Burgfrieden“, durch den innenpolitische Konflikte zurückgestellt werden sollten, verbunden mit der im Krieg bewiesenen Loyalität endlich auch die lang ersehnte gesellschaftliche Anerkennung folgen würde. Und so meldeten sich junge Juden vergleichsweise häufig freiwillig zur Kriegsteilnahme. Doch nur zwei Jahre nach Kriegsbeginn sollte diese anfängliche Begeisterung für den gemeinsamen Feldzug aller Deutschen einen herben Schlag erfahren: Im Herbst 1916 er-

wirkten konservative Kreise eine sogenannte Judenzählung. Mit dieser sollte der Anteil der kämpfenden Juden statistisch ermittelt werden. Tatsächlich förderte sie zutage, dass Juden überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil als Soldaten in der deutschen Armee kämpften. Gesellschaftlich wahrgenommen wurde dieses Ergebnis jedoch nicht. Die Tatsache, dass die jüdische militärische Beteiligung überhaupt auf den Prüfstand gestellt worden war, war ein schwerer Rückschlag für jegliche Hoffnung auf gesellschaftliche Akzeptanz.

Doch mit Kriegsende und Novemberrevolution gab es neue Hoffnung für die jüdische Minderheit. Als Mitglieder der sozialdemokratischen, liberalen und kommunistischen Parteien beteiligten sich auch Jüdinnen und Juden an den Auseinandersetzungen der Revolutionszeit in der Erwartung, die gesellschaftliche Ungleichheit überwinden zu können. Und doch gingen die frühen Nachkriegsjahre auch mit einer neuen Welle des Antisemitismus einher.

Die allgemein herrschende gesellschaftliche Ungleichheit motiviert auch viele jüdische Intellektuelle, sich für die Revolution zu engagieren. Sitzung des Spartakusbundes im Herbst 1918 mit Rosa Luxemburg (3. v. r.), Karl Liebknecht (4. v. r.), Leo Jogiches (1. v. l.), Eugen Leviné (2. v. l.)



Weimarer Republik (1919–1933)

Umso größer war die Zuversicht, die deutsche Jüdinnen und Juden mit der Weimarer Republik verbanden. Mit Artikel 136 der Weimarer Reichsverfassung erlangten sie endlich die lang ersehnte vollständige Gleichstellung: Alle Staatsämter sollten ihnen fortan uneingeschränkt offenstehen und der Besitz aller bürgerlichen Rechte sollte von der Religion unabhängig sein. Die Jahre ab 1924 bis zur großen Wirtschaftskrise von 1929 galten als die stabilen Jahre der Weimarer Republik, auch offen antisemitische Ausbrüche wurden in diesen Jahren immer seltener. So war die Weimarer Zeit einerseits politisch wie religiös von einer enormen Vielfalt jüdischen Lebens geprägt.

Andererseits blieb auch in den Weimarer Jahren Antisemitismus virulent. Der im Februar 1919 gegründete Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund war entschieden antisemitisch. Nach dem Verbot des Bundes fand sein Mitgliederstamm eine neue parteipolitische Heimat in der 1920 neu gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Der jüdische Außenminister Walther Rathenau (1867–1922) wurde 1922 von Mitgliedern der rechtsextremen Organisation Consul ermordet. Freikorps und Einwohnerwehren waren die Verbündeten dieser antisemitischen und republikfeindlichen Hetze. Obendrein kam es wiederholt zu gewaltsamen Übergriffen auf Juden, besonders wahrgenommen wurden die Ausschreitungen im von ostjüdischen Einwanderern geprägten Berliner Scheunenviertel im Jahr 1923.

Jüdinnen und Juden machten in diesen Jahren weiterhin nur eine kleine Minderheit von etwa einem Prozent der Bevölkerung aus. Und auch nach dem Ersten Weltkrieg stieg ihre Zahl auf dem nach Kriegsende nun kleineren Staatsgebiet zwar auf 564 000 Personen im Jahr 1925 an, schwankte aber weiterhin um den knapp einprozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Ab Mitte der 1920er-Jahre schien sich die Hoffnung auf Anerkennung auch real umzusetzen. Die in der Weimarer Republik lebenden Juden waren – wie die moderne Gesellschaft insgesamt – zunehmend weniger religiös organisiert. So wird geschätzt, dass nur noch ein Fünftel der deutschen Juden die religiösen Speisegebote einhielt.

Zwar war die Zahl der Gemeinden rückläufig – gerade in ländlichen Räumen lösten sich viele Gemeinden auf –, trotzdem blieben sie häufig eine Anlaufstelle für viele Bedürfnisse der jüdischen Minderheit. Aus Gemeinden wurden nun „Volksgemeinden“ mit eigenen Wohlfahrtsorganisationen, Er-



Elisabeth Bergner als betörende Russin Hanna Elias in „Gabriel Schillings Flucht“ von Gerhart Hauptmann am Staatstheater Berlin 1932, ihrer letzten Bühnenrolle in Deutschland vor der Emigration nach London

ziehungseinrichtungen und Sportvereinen. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts hatten sie den gleichen Status wie Kirchen.

Das jüdische Vereinswesen hingegen, dessen Anfänge im 19. Jahrhundert lagen, weitete sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg aus. So entstand beispielsweise mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) eine eigene Veteranenorganisation. Teilweise entstanden Vereine als Antwort auf die Ausschlusspraxis, die einige nicht-jüdische Gruppierungen pflegten. Vor allem aber bildete sich ein Netz an Vereinigungen heraus, das für die verschiedensten Lebenssituationen Angebote lieferte: Weiterhin gab es den Jüdischen Frauenbund, jüdische Studentenverbindungen, Turn- und Sportvereine, Gesangsvereine und ähnliche Organisationen, die eher de facto



Der Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein 1921 auf dem Einsteinturm in Potsdam-Babelsberg, einem Observatorium zur Beobachtung der äußeren Sonnenatmosphäre, das der Architekt Erich Mendelsohn auf seine Anregung hin im expressionistischen und organischen Baustil errichtete.

als prinzipiell jüdisch waren. Doch waren die Grenzen oft fließend und letztlich trugen auch nicht explizit jüdische Vereine zur Stärkung eines jüdischen Selbstbewusstseins bei.

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) blieb auch in der Weimarer Republik die größte Massenorganisation des deutschen Judentums. Er betrieb anti-antisemitische und pro-jüdische Aufklärungsarbeit und unterhielt eine Rechtsabteilung, womit er zur bedeutendsten Abwehrvereinigung gegen den Antisemitismus wurde. Die programmatisch dem CV entgegengesetzte Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) konnte nun ihre Mitgliederzahl verdoppeln. Dennoch nahm sie nach wie vor eine Minderheitenposition innerhalb des deutschen Judentums ein – dies änderte sich erst ab 1933.

Die Wahrnehmung der Weimarer Republik als Blütezeit jüdischen Lebens ist wesentlich von prominenten Kulturschaffenden wie etwa dem Theaterkritiker Alfred Kerr (1867–1948) oder der Schauspielerin Elisabeth Bergner (1897–1986) geprägt.

Ebenso wie sich Juden an der Ausgestaltung einer modernen Theaterform beteiligten, waren sie auch unter den Vertretern der klassischen Moderne in der Architektur zu finden, wie beispielsweise der Architekt des „Einsteinturms“ Erich Mendelsohn (1887–1953). Zugleich nahmen sie aktiven Anteil an der Ausbildung neuer Bildungsformen, so gründete der Philosoph Franz Rosenzweig (1886–1929) 1920 in Frankfurt das Freie Jüdische Lehrhaus, das sich in den breiteren Kontext der neuen, reformorientierten Erwachsenenbildung einfügte. An diesen und vielen weiteren neuen Entwicklungen und dem kulturellen, literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Aufblühen in der ersten demokratischen Phase in Deutschland beteiligten sich Jüdinnen und Juden begeistert.

Trotzdem war diese Situation durchaus labil und insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise 1929 trübte sich diese Hochstimmung merklich ein. So geriet die noch junge Republik – und mit ihr die deutschen Jüdinnen und Juden – zunehmend unter Attacken von rechts.

Regina Jonas – zur Rabbinerin berufen

„Unser jüdisches Volk ist von Gott in die Geschichte gepflanzt worden als ein gesegnetes.“ Diese Sätze schreibt Regina Jonas am Ende ihres Lebens – im Konzentrationslager Theresienstadt. „Von Gott ‚gesegnet‘ sein, heißt, wohin man tritt, in jeder Lebenslage, Segen, Güte, Treue spenden. Demut vor Gott, selbstlose hingebungsvolle Liebe zu seinen Geschöpfen erhalten die Welt. Diese Grundpfeiler der Welt zu errichten, war und ist Israels Aufgabe. Mann und Frau, Frau und Mann haben diese Pflicht in gleicher jüdischer Treue übernommen.“

Diese Sätze fassen zusammen, was Regina Jonas als ihre Lebensaufgabe erkennt: Sie fühlt sich in einer Zeit zur Rabbinerin berufen, als es diesen Beruf für Frauen noch nicht gibt. Sie wird 1902 in Berlin geboren, wächst auf im ärmlichen Scheunenviertel. Ihr Vater Wolf Jonas ist Kaufmann. Er stirbt, als Regina zwölf ist, und erhält ein Armenbegräbnis.

„Ich kann mir vorstellen, dass der Vater von Regina Jonas der erste Lehrer von ihr gewesen ist.“ Elisa Klapheck ist liberale Rabbinerin in Frankfurt am Main und Professorin für Jüdische Studien in Paderborn. Sie hat sich intensiv mit Regina Jonas beschäftigt. „Sie selbst hat mal in einem Interview gesagt: ‚Ich bin streng religiös erzogen worden.‘ Es war also eine orthodoxe Familie. Aber ich kann mir vorstellen, dass diese Familie zwar orthodox war, aber in einem modernen Sinn.“

So findet Regina Jonas schon als Kind zur religiösen Bildung. Auch ihr älterer Bruder Abraham wird später Religionslehrer. In der jüdischen Mädchenschule gilt Regina mancher Mitschülerin als Streberin, wegen ihrer Leidenschaft für die Grundlagen des Judentums.

1923 macht Regina Jonas Abitur. In Deutschland wird gerade das Frauenwahlrecht eingeführt, auch die jüdische Frauenbewegung kämpft für Gleichberechtigung. Regina Jonas schreibt sich in Berlin an der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ ein, unterrichtet außerdem Hebräisch und jüdische Religion. Der Rabbiner Max Weyl wird ihr Förderer und Mentor. Sieben Jahre später, 1930, verfasst Regina Jonas ihre Abschlussarbeit. Titel: „Kann die Frau das rabbinische Amt bekleiden?“

Regina Jonas Abschlussarbeit, 88 Seiten lang, wird mit „gut“ bewertet. Es dauert allerdings noch fünf Jahre, bis sich mit Max

Dienemann aus Offenbach ein liberaler Rabbiner findet, der Regina Jonas zur Rabbinerin ordiniert. Es dauert weitere zwei Jahre, bis Regina Jonas in Berlin auch tatsächlich als Rabbinerin eingestellt wird. 1937, im fünften Jahr der Naziherrschaft.

[Elisa Klapheck:] „Jetzt sagen manche Stimmen, sie hatte nur eine Chance, weil es die Nazizeit war. Es gab einen eklatanten Rabbinermangel, viele flüchteten ins Ausland und es fingen auch schon die Deportationen an. Und in diese Lücke konnte Regina Jonas stoßen. Da mag was Wahres dran sein. Auf der anderen Seite muss man auch sehen: Sie war ganz stark in ihrer Berufung. Mir haben Überlebende gesagt: ‚Sie war die Rabbinerin der Stunde.‘ Sie konnte sprechen, sie konnte den Menschen Mut machen. Denjenigen, die geblieben waren in Deutschland.“

Auch Regina Jonas hätte wohl fliehen können. Vielleicht bleibt sie wegen ihrer Liebe zu dem Hamburger Rabbiner Joseph Norden. Aber wohl auch oder vor allem, weil sie sich zur Rabbinerin berufen fühlt, glaubt Elisa Klapheck:

1938 [...] schreibt Regina Jonas:

„Wenn ich nun aber doch gestehen soll, was mich, die Frau, dazu getrieben hat, Rabbiner zu werden, so fällt mir zweierlei ein: Mein Glaube an die göttliche Berufung und meine Liebe zu den Menschen. Fähigkeiten und Berufung hat Gott in unsere Brust gesenkt und nicht nach dem Geschlecht gefragt. So hat ein jeder die Pflicht, ob Mann oder Frau, nach den Gaben, die Gott ihm schenkte, zu wirken und zu schaffen.“

Regina Jonas schreibt in einem Brief, der Rabbinerberuf habe sie ergriffen, nicht sie ihn. Von den Nationalsozialisten wird sie gezwungen, in einer Kartonagenfabrik zu arbeiten. Ab 1940 wird Regina Jonas außerdem quer durchs Reich geschickt, um Gemeinden zu betreuen, die keine Rabbiner mehr haben, wie Frankfurt an der Oder, Braunschweig und Bremen. 1942 wird Regina Jonas zusammen mit ihrer Mutter deportiert. Erst nach Theresienstadt, zwei Jahre später nach Auschwitz. Noch am Tag der Ankunft wird Regina Jonas ermordet. Am 12. Oktober 1944.

Christian Röther: „Regina Jonas. Die weltweit erste Rabbinerin“, in: Deutschlandfunk vom 29. November 2017

Nationalsozialistische Verfolgung (1933–1945)

Als die NSDAP mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 an die Macht kam, begann sie sogleich damit, die noch so junge rechtliche Gleichstellung der deutschen Jüdinnen und Juden mittels verschiedener gesetzgeberischer Schritte rückgängig zu machen. Dieser umfassende Entrechtungsprozess gipfelte in der Vertreibung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden. Der Antisemitismus wurde wieder allgegenwärtig und begann erneut die Lebenswelt der deutschen Juden zu bestimmen – zunächst in alltäglichen Momenten wie Verbotsschildern, die sich gegen Juden auf Parkbänken richteten, alltäglichen Hetzereien in Zeitungen wie dem „Stürmer“ oder im bereits im April 1933 erlassenen Verbot des Schächtens. Ziel war es, Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben hinauszudrängen wie sie der gesellschaftlichen Teilhabe Schritt für Schritt wieder auszuschließen.

In diesen Anfangsjahren gehörten die Ausgrenzung und Verdrängung der jüdischen Minderheit zu den NS-Leitprinzipien, das dementsprechende, schrittweise Vorgehen wurde von Zeitgenossen bereits als „kalter Pogrom“ erkannt. Zu diesen frühen Regelungen gehörten erste Ausbürgerungen, zunächst auf Grundlage des Ausbürgerungsgesetzes vom Juli 1933. Dies führte die Möglichkeit ein, alle als illoyal angesehenen Staatsangehörigen sowie während der Weimarer Republik eingebürgerte Juden wieder auszubürgern. Dies traf vor allem tausende vorwiegend osteuropäische Juden, aber auch Prominente wie die Publizistin und politische Theoretikerin Hannah Arendt (1906–1975), die daraufhin schlagartig staatenlos wurden.

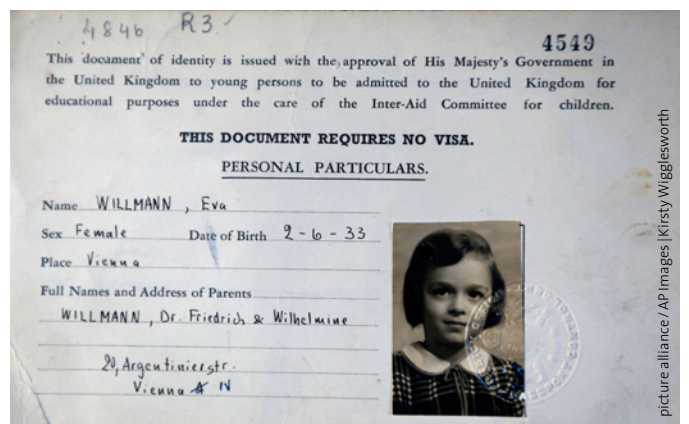
Der Machtantritt der Nationalsozialisten setzte auch der beschriebenen Veränderung und Auffächerung des jüdischen Berufsprofils ein schnelles Ende. Besonders einschneidend war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, mit dem Juden nach nur einem Jahrzehnt Zugänglichkeit zum Staatsdienst wieder aus diesem ausgeschlossen wurden. Einzig eine aktive Beteiligung im Ersten Weltkrieg konnte deutsche Juden noch eine Zeit lang vor dieser rechtlichen Ausgrenzungspraxis und Verfolgung schützen. So waren verdiente Frontkämpfer, organisiert im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, zunächst von einigen Regelungen ausgenommen.

Mit Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze von 1935 veränderten sich obendrein die Kriterien, nach denen deutsche Juden gezählt wurden. Nach den neuen NS-Rassekriterien galten nun außer den 500 000 Juden, die Mitglieder jüdischer Gemeinden waren, auch diejenigen als Juden, die keiner Gemeinde angehörten oder längst christlich getauft oder zu ihrer jüdischen Zugehörigkeit vollständig auf Distanz gegangen waren. Die nationalsozialistische Rassenideologie unterschied zwischen „Voll-, Dreiviertel- und Halbjuden“ und schuf zudem die Sondergruppe der „Mischlinge“.

Die Gewalttätigkeit der NS-Politik trat etappenweise zutage. Einschneidend waren die Novemberpogrome, in denen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 Synagogen in Brand gesetzt und zerstört, tausende Geschäfte demoliert und unzählige Wohnungen verwüstet wurden. Etwa 100 Juden starben, zahlreiche wurden verletzt und rund 30 000 Jüdinnen und Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Vor allem nach den traumatischen Ereignissen während der Novemberpogrome nahm die Auswanderung deutscher Jüdinnen und Juden zu.



ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo



picture alliance / AP Images | Kirsty Wigglesworth



bpk

Wenige Monate zuvor hatte nach dem „Anschluss“ Österreichs im schweizerischen Evian-les-Bains eine internationale Konferenz mit Vertretern einiger Einwanderungsländer stattgefunden. Doch mit nur wenigen Ausnahmen blieben die vertretenen Länder in ihrer Aufnahmepraxis restriktiv. Die USA behielten ihre Begrenzung der Einwanderungsquote auf jährlich 27 370 Immigrantinnen und Immigranten aus Deutschland und Österreich bei. In Lateinamerika fanden zwischen 1933 und 1943 etwa 10 000 Jüdinnen und Juden aus Deutschland und Österreich Zuflucht. Ab Dezember 1938 konnten zudem mit den „Kindertransporten“ nach Großbritannien und Schweden etwa 15 000 jüdische Kinder gerettet werden.

Die jüdische Bevölkerung verringerte sich bis Kriegsausbruch infolge der starken Auswanderung um rund 250 000.

← Oben: Eine vom NS-Staat erlassene Anordnung verwehrt jüdischen Badegästen den Eintritt in öffentliche Schwimmbäder – eine der Maßnahmen zur Diskriminierung und Ausgrenzung. Hier am Eingang des Freibads Wannsee in Berlin 1934

Mitte: Zwischen Ende November 1938 und dem 1. September 1939 ermöglicht Großbritannien rund 10 000 jüdischen Kindern aus dem NS-Herrschaftsbereich die Einreise. Die meisten sahen ihre Eltern nie wieder und überlebten als einzige ihrer Familien die Vernichtung.

Unten: Die Kaliski-Waldschule in Berlin wurde von der jüdischen Pädagogin Lotte Kaliski nach einem koedukativen Reformkonzept als Privatschule gegründet und mehrheitlich von jüdischen Schülerinnen und Schülern besucht. In der NS-Zeit fanden sie dort zeitweilig Schutz und Ermutigung angesichts einer zunehmend feindlichen Umwelt.

Ein kalter Pogrom

Ende März

Besuchsraum in einer Berliner SA-Kaserne. Den engen finstern Raum teilen zwei drahtmaschige Gitter, zwischen denen SA-Männer patrouillieren. An den Wänden Fahنشmuck und Bilder nationaler Führer. Diesseits des Gitters drängt sich eine Menge von Besuchern jedes Alters und jedes Standes; untern ihnen fällt Frau Rosenfeld auf, die besonders erregt hin- und hergeht. Elisabeth, Dorothea und Martin treten ein. [...]

Frau Rosenfeld: *wendet sich erregt an einen SA-Mann* Können Sie mir helfen, bitte, sagen, ob mein Mann Dr. Rosenfeld, hier ist? Dr. Eugen Rosenfeld. Ob er hier ist? Der SA-Mann mustert sie und wendet sich von ihr ab. [...]

Frau Rosenfeld: *sich an einen anderen SA-Mann wendend* Bitte, wird mein Mann, Dr. Rosenfeld, in die Sprechstunde kommen? Bitte, sagen Sie mir, wird er wirklich kommen?

SA-Mann: *mustert sie verächtlich und sagt halblaut* Saujüdin!

Frau Rosenfeld: *in höchster Erregung zu der neben ihr stehenden Elisabeth* Sehen Sie, meine Dame, so hetzt man mich seit vier Wochen von einer Behörde zur andern! Vom Staatsanwalt zu einem SA-Kommando, von einer SA-Kaserne zum Gefängnis, vom Gefängnis zu einer andern SA-Kaserne! Überall stellen sie mir eine Sprecherlaubnis aus, und nirgends kommt mein Mann zur Sprechstunde! Sie verhöhnen mich nur ...

Elisabeth: *Beruhigen Sie sich; auch ich habe meinen Sohn vier Wochen lang vergeblich gesucht. Wir haben es jetzt alle schwer ...*

Frau Rosenfeld: *Sie können sich aber nicht vorstellen, durch was für eine Schändlichkeit wir ins Unglück gekommen sind! Mein Mann ist Arzt. Einer seiner ältesten Patienten war ein kleiner Beamter, ein Justizsekretär mit einer zahlreichen Familie. Mein Mann hat die Frau dieses Menschen durch eine schwere Operation gerettet und die Kinder jahraus jahrein behandelt. Dieser Mensch kommt in den ersten Tagen nach dem Umsturz und sagt: „Die Juden sind doch eben solche Menschen wie wir; viele Juden sind sehr gute Menschen, wie Sie, Herr Doktor, was man jetzt mit ihnen aufführt, ist wahrhaftig eine Schande!“ Und mein Mann ist so vertrauensvoll, ihm zu antworten: „Ja, was jetzt in Deutschland geschieht, ist nichts anderes als ein kalter Pogrom!“ Und er hat doch die Wahrheit gesagt –*

Elisabeth: *Sprechen Sie nicht so laut! Die Wahrheit darf man nicht mehr sagen ...*

Frau Rosenfeld: *In der gleichen Nacht dringt ein SA-Trupp bei uns ein. Sie reißen meinen Mann aus dem Bett und schlagen mit Gewehrkolben auf ihn ein, und bei jedem Kolbenhieb höhen sie: „Damit du's weißt, Jud, wie ein kalter Pogrom schmeckt!“ Dann schleppen sie ihn, so wie er ist, blutüberströmt und im Hemd, hinaus in die Winternacht. Unsre Wohnung wird versiegelt, das Vermögen beschlagnahmt. Ich würde mit dem Kind auf der Straße liegen, hätten uns nicht Freunde einen Unterschlupf gewährt. Was liegt an mir! Wenn sie ihn nur nicht erschlagen haben ... Ein schrilles Glockenzeichen ertönt. [...]*

Ein wüster Lärm entsteht. Jenseits der Gitter strömen die Gefangenen herein und laufen das Gitter entlang, um die ihnen Zugehörigen zu finden, die ihrerseits diesseits des Gitters laufen und suchen. Die sich gegenseitig gefunden haben, klammern sich an das Gitter und versuchen, sich über die Entfernung schreiend zu verständigen. Man hört nichts als ein wirres Getöse. [...]

Frau Rosenfeld: *die wiederholt hin- und hergerannt ist* Hier ist er nicht! Dort ist er auch nicht! Gott, o Gott, wo ist er? [...]

Frau Rosenfeld: *hat sich verzweifelt an einen SA-Mann gewendet* Aber ich habe einen schriftlichen Besuchsschein vom Herrn Staatsanwalt! Hier! Hier steht der Name meines Manns! Bitte, bitte! Rufen Sie ihn doch ins Sprechzimmer!

Der SA-Mann: *Det jeht mir eenen jrossen Dreckhaufen an!* [...]

Die Gefangenen, von den SA-Männern abgedrängt, beginnen sich zu entfernen, während laute Abschiedsworte durcheinander gellen. [...]

Ein SA-Mann: *die Letzten hinaustreibend* Juden raus! Auf die Einbahnstraße nach Jerusalem!

Frau Rosenfeld: *die bis jetzt durch das leere Gitter gestarrt hat* Ich werde verrückt! Sie wirft sich verzweifelt vor dem SA-Mann nieder.

Frau Rosenfeld: *Erbarmen Sie sich, bester Herr: Wo ist mein Mann? Haben Sie doch ein wenig Mitleid und sagen Sie mir: Wohin hat man meinen Mann gebracht?*

Ein SA-Mann: *höhnisch jüdelnd* Den Itzig? Nu wohin? Ins Krematorium! *Frau Rosenfeld bricht aufschreiend zusammen.*

Max Zweig, 1892–1992, war ein österreichisch-israelischer Dramatiker, der als freier Schriftsteller in Wien und Berlin lebte. 1934 floh er vor den Nationalsozialisten nach Prag, von dort 1938 nach Tel Aviv.

Max Zweig, *Der Moloch* 1933. Schauspiel in fünf Akten, in: *Die Dritte-Reich-Dramen*, hg. mit einem Nachwort von Eva Reichmann, 2. unveränd. Aufl., ©IGEL Verlag Literatur & Wissenschaft, Hamburg 2015, S. 7 ff.



Der jüdische Kulturbund wurde gegründet als Institution der Selbstbehauptung, um entlassenen jüdischen Kunstschaffenden eine Existenzgrundlage zu sichern. Er organisierte noch bis 1941 Konzerte. Im Bild eine Aufführung des „Bajazzo“, einer Oper von Ruggiere Leoncavallo, mit dem Orchester des Jüdischen Kulturbundes in Berlin 1940

Innerhalb von nur sechs Jahren hatte sich damit die jüdische Minderheit in Deutschland mehr als halbiert. Bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 konnten 300 000 Juden aus Deutschland emigrieren bzw. fliehen. Danach begann die letzte Phase der Judenverfolgung, die planmäßige Ermordung in den KZs und Vernichtungslagern.

Inmitten der Verfolgungsmaßnahmen bestand jüdisches Kulturleben dennoch fort. Im Interesse der Absonderung jüdischen Lebens war diesem von den NS-Behörden ein abgegrenzter Raum zugedacht, in dem die Rahmenbedingungen zunehmend eingeschränkt wurden. Im September 1933 gründete sich die Reichsvertretung der deutschen Juden unter Leitung von Rabbiner Leo Baeck (1873–1956), die erste Organisation überhaupt, die für alle deutschen Juden sprechen sollte. 1935 musste sie sich in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ umbenennen. Mit dieser nur auf den ersten Blick geringfügigen, von NS-Behörden angeordneten Umstellung wurde klar signalisiert: Sie sollten fortan keine „deutschen Juden“, sondern nur noch „Juden in Deutschland“ sein dürfen. Auch war die Mitgliedschaft in dieser Reichsvertretung (ab 1939: Reichsvereinigung) für jüdische Organisationen und Gemeinden verpflichtend. Damit wurde die Reichsvereinigung letztlich zu einem Kontroll- und auch Durchsetzungsorgan des NS-Staates. Dennoch war sie zugleich ein Rahmen, in dem jüdische Kulturarbeit weiter stattfinden konnte, von dem aber auch die zunehmend dringlicher werdenden sozialen Aufgaben wie etwa die Auswandererberatung organisiert wurden.

Eine explizit für die Fortführung jüdischen Kulturlebens gegründete Organisation – der Kulturbund Deutscher Juden, der 1939 in Jüdischer Kulturbund in Deutschland umbenannt und

ebenfalls der Reichsvereinigung unterstellt wurde – organisiert noch bis 1941 Konzerte. Diese sind ein Beispiel für die Bemühungen der deutsch-jüdischen Minderheit, die Verfolgungszeit selbstbewusst und unter größtmöglicher Ausnutzung aller noch so verengten Spielräume selbst zu gestalten. Dies zeigte sich auch in den Auswandererlehrgütern der *Hachschara* (hebr. für Vorbereitung, Tauglichmachung), in denen junge Jüdinnen und Juden auf die *Alija* (hebr. für Aufstieg, Einwanderung in den *Jischuw* / nach Israel) vorbereitet wurden. Auch zionistisch ausgerichtete Organisationen erhielten unter steigendem NS-Verfolgungsdruck verstärkt Zulauf. Nach Palästina konnten bis zum Verbot der Auswanderung etwa 70 000 deutsche Jüdinnen und Juden auswandern. Hauptzielland waren die USA, doch Jüdinnen und Juden flohen überall dorthin, wo sie Aufnahme fanden.

Jüdinnen und Juden suchten verschiedene Auswege aus der NS-Verfolgung, manche schlossen sich Widerstandsgruppen an, andere entschieden sich, versteckt in den Untergrund zu gehen. Rund 10 000 bis 12 000 Jüdinnen und Juden überlebten auf diese Weise, davon allein rund 5000 in Berlin. Dieses Untertauchen unter schwierigsten Bedingungen, in völliger Abhängigkeit von den nicht-jüdischen Unterstützern und in ständiger Furcht vor Verrat oder Entdeckung, überlebten etwa ein Drittel der Versteckten.

Die meisten Jüdinnen und Juden, die auf deutschem Boden im Frühjahr 1945 befreit wurden, waren aufs Schwerste traumatisierte Überlebende der Todesmärsche. Diese begannen ab Anfang 1945 in den Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten, als die verbliebenen Häftlinge von der SS vor der näher rückenden Front immer weiter westwärts getrieben wurden. Schätzungen zufolge kamen bei diesem letzten Massenverbrechen des NS rund 60 Prozent der noch lebenden Häftlinge ums Leben. Für Buchenwald geht die Forschung davon aus, dass in den letzten vier Kriegswochen allein 10 000 Menschen auf diesen Todesmärschen umgekommen sind. Die Überlebenden wurden entlang der Front in Deutschland befreit und starben teilweise auch dann noch vor Erschöpfung. Sie blieben als *Displaced Persons* nach der Befreiung in den vier deutschen Besatzungszonen. Diejenigen, die weder in ihre Heimat zurückkehren wollten noch weiter nach Israel oder in andere Länder auswanderten, bildeten die Grundlage für die neu entstehende jüdische Gemeinschaft in West- und Ostdeutschland nach 1945 (siehe IzpB 348, Kapitel Nesselrodt).



Jugendliche KZ-Häftlinge vor einer Baracke in Buchenwald fünf Tage nach der Befreiung durch die Alliierten am 16. April 1945. Sie sammeln ihre Kräfte für den Weg in eine noch ungewisse Zukunft.

Todesmarsch

[E]ines Morgens im Januar 1945 [wurden wir] von Lautsprecherbefehlen geweckt. In jenem groben deutschen Kommandoton, an den ich mich nie gewöhnen konnte, hieß es: „Das Lager wird geräumt!“ Wir mussten uns mit unseren Decken und anderen Habseligkeiten vor der Baracke in Reih und Glied aufstellen. [...] Als Nächstes wurde uns befohlen, durch das Haupttor von Birkenau zu marschieren. Auf der Straße vor dem Tor hatten sich bereits Tausende von Lagerinsassen in Reihen aufgestellt, immer etwa acht oder zehn Leute nebeneinander. „Kinder nach vorn!“, kam der Befehl. [...] Die Kolonne war so lang, dass es einige Zeit dauerte, bis wir ihren Anfang erreicht hatten. Es war eiskalt, und ein schneidender Wind fuhr durch unsere dünnen Kleider. Als wir Aufstellung genommen hatten und auf den Abmarsch warteten, bekamen wir eine Laib Schwarzbrot zugeworfen. Dann kam der Befehl: „Vorwärts, marsch!“ Der Todestransport von Auschwitz hatte begonnen. [...]

Die Straßen waren mit Schnee und Eis bedeckt, denn es war Januar, in einem typischen polnischen Winter. Als die Sonne langsam unterging, wurde es kälter und kälter. Die Bäume am Straßenrand schützten uns zeitweilig gegen den eisigen Wind, der uns entgegenwehte und unsere unzulängliche, dünne Häftlingskleidung durchdrang. [...] Es wurde uns klar, dass die Kinder, die an der Spitze der Kolonne marschieren mussten, einen wesentlichen Nachteil gegenüber den Nächstfolgenden hatten, weil diese auf einer bereits festgetretenen Schneedecke gehen konnten. [...]

Es war schon dunkel, als die SS der Kolonne Einhalt gebot. Wir bekamen die Erlaubnis, uns an Ort und Stelle zum Schlafen hinzulegen, entweder mitten auf die Straße oder in die Gräben links und rechts davon. Zu diesem Zeitpunkt waren einige in der Kolonne bereits gestorben. Wer nicht weitergehen konnte und sich entweder am Straßenrand hingesetzt hatte oder zusammenbrach, war von den SS-Wachen erschossen worden. Die Leichen wurden einfach in die Gräben geworfen. [...] Je größer meine Müdigkeit wurde und je mehr mir die bittere Kälte und der Wind zusetzten, desto öfter fragte ich mich, ob es nicht leichter wäre, sich einfach am Straßenrand auszustrecken und sich töten zu lassen. Ich unterdrückte den Gedanken, sobald er in mir aufstieg und zwang mich, weiterzugehen. [...]

Nach einem Marsch von drei Tagen erreichten wir Gleiwitz (Gliwice), ein etwa siebzig Kilometer von Birkenau entfernt liegendes Städtchen. [...]

Eine Gruppe von SS-Männern stand in der Mitte des Platzes, der von einer großen Anzahl schwerbewaffneter SS-Wachen mit Hunden umringt war. Ich brauchte nicht lange, um zu erkennen, dass uns eine weitere Selektion erwartete: Diejenigen unter uns, die in der Lage waren, den Weg zur anderen Seite des Platzes im Laufschrift zurückzulegen, würden weiterleben, die anderen würden beseitigt werden. [...] Wir blickten über den Platz und sahen Menschen, die versuchten, es zur anderen Seite zu schaffen; einige brachen auf dem Weg zusammen, andere ließen sich einfach fallen. Von Zeit zu Zeit rannten die Posten zu ihnen hin und schleppten die Unglücklichen an den Rand des Platzes. [...] Wir konnten das unbändige Lachen der SS-Männer hören, als wir an ihnen vorbeikamen. Der Hass auf ihre Stimmen stärkte uns. Ein paar Minuten zuvor hätten wir es kaum für möglich gehalten, aber nun schafften wir es tatsächlich, quer über den Platz zur anderen Seite zu rennen.

[...] Als ich schon zu glauben begann, dass wir in Gleiwitz bleiben würden, kam der Befehl, das Lager zu verlassen und zu einem nahegelegenen Bahnhof zu marschieren. Dort erwarteten uns offene Waggons, wie man sie zum Transport von Kohle oder Sand verwendet. In diesen Waggons wurden wir mit so vielen Häftlingen zusammengepfercht, dass wir uns kaum noch bewegen konnten. [...]

Nach ein, zwei Tagen gelang es uns, einen Platz in der Ecke des Waggons zu ergattern, was uns davor rettete, niedergetrampelt zu werden. Um uns herum waren viele Sterbende, und als unser SS-Posten gefragt wurde, was mit den Leichen geschehen sollte, sagte er, wir sollten sie hinauswerfen. Das geschah nun immer häufiger. Der Waggon leerte sich allmählich, bis es ohne weiteres möglich war, ihn von einem Ende zum anderen zu durchqueren. [...]

Die Nächte im Waggon waren das nackte Grauen. Hunger und Kälte zermürbten die Menschen nicht nur körperlich, sondern auch seelisch. [...]

Gerade als ich zu dem Schluss kam, dass es nur noch ein, zwei Tage dauern konnte, bevor auch ich sterben und meine Leiche aus dem Waggon hinausgeworfen würde, geschah ein Wunder. Der Zug fuhr in langsamem Tempo und mit häufigen Aufenthalten durch die Tschechoslowakei [ehem. Binnenstaat in Mitteleuropa auf dem Gebiet der heutigen Staaten Tschechien, Slowakei – Anm. d. Red.], als wir Leute auf den Brücken stehen sahen, unter denen wir hindurchfuhren. Es waren Männer, Frauen und Kinder. Sie winkten und riefen uns etwas zu, und dann begannen die Brotlaibe in unseren Waggons zu fallen. [...] Ohne dieses tschechoslowakische Brot hätten wir nicht überlebt. [...]

Nach einer Fahrt von über zehn Tagen erreichten wir Deutschland. [...] Unser Ziel war das Konzentrationslager Sachsenhausen in Oranienburg. [...]

Aber der Weg führte uns nicht direkt nach Sachsenhausen, sondern zunächst in die Flugzeugfabrik Heinkel. [...] Ich hatte zunehmend Schwierigkeiten zu gehen, aber meine beiden Freunde halfen mir und stützten mich. Der Weg [...] führte über Oranienburg. Die deutschen Bewohner starrten uns an oder drehten uns den Rücken zu, als wir an ihnen vorbeikamen. Ein paar Kinder bewarfen uns mit Steinen. Ich war erleichtert, als ich endlich den Eingang des Konzentrationslagers Sachsenhausen mit der Inschrift „Arbeit macht frei“ erblickte.

Diese Parole, die in diesem Zusammenhang völlig aberwitzig klingt, war nicht aberwitziger als die Anordnung, die uns nach Sachsenhausen brachte. Im Januar 1945 kämpfte Deutschland um sein Überleben, und doch setzte das Naziregime seine rasch abnehmenden Ressourcen – Bahnanlagen, Treibstoff und Truppen – bereitwillig dafür ein, halbverhungerte und sterbende Häftlinge von Polen nach Deutschland zu bringen. [...]

Thomas Buergenthal wurde am 11. Mai 1934 in Lubochňa, in der heutigen Slowakei, geboren. 1940 bis 1944 lebte er im Ghetto Kielce und im Arbeitslager Henrykow. Im August 1944 kam er nach Auschwitz. Als eines von nur wenigen Kindern überlebte er den Todesmarsch von Auschwitz. Nach dem Zweiten Weltkrieg emigrierte er in die USA, wo er später Jura studierte. Von 2000 bis 2010 war er Richter am Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag.

Thomas Buergenthal, Ein Glückskind. Wie ein kleiner Junge zwei Ghettos, Auschwitz und den Todesmarsch überlebte und ein neues Leben fand. Aus dem Amerikanischen von Susanne Röckel, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH 2007, S. 105 ff.

Literaturhinweise

- Battenberg, Friedrich: Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts (=Enzyklopädie deutscher Geschichte 60), München 2001, 180 S.
- Brämer, Andreas / Knufinke, Ulrich / Przystawik, Mirko / Rürup, Miriam / Schwarzkopf, Christoph: Der israelitische Tempel in Hamburg (=Archiv aus Stein 7), Hamburg 2020, 64 S.
- Brenner, Michael / Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit (4 Bände), München 1996/97
- Cohen, Laura / Otten, Thomas / Ristow, Sebastian: Das Dekret von 321: Köln, der Kaiser und die jüdische Geschichte, Köln 2020, 28 S., online verfügbar unter: www.lvr.de/media/pressemodul/321-Broschuere_final_2021-04-21.pdf
- Gidal, Nachum T.: Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik, Köln 1997, 440 S.
- Haverkamp, Alfred (Hg.): Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen (= Forschungen zur Geschichte der Juden; Abteilung A: Abhandlungen 14/3), (Kommentiertes Kartenwerk mit 15 Karten), Hannover 2002, 104 Blatt
- Hertz, Deborah: Wie Juden Deutsche wurden. Die Welt jüdischer Konvertiten vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, Frankfurt, am Main 2010 (Originaltitel: How Jews became Germans, übersetzt von Thomas Bertram), 350 S.
- Litt, Stefan: Geschichte der Juden Mitteleuropas 1500–1800, Darmstadt 2009, 136 S.
- Rürup, Miriam: Alltag und Gesellschaft (= Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte), Paderborn 2017, 196 S.
- Toch, Michael: Die Juden im mittelalterlichen Reich (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 44), 3. Aufl. um einen Nachtrag erw., München 2014, 208 S.
- Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914–1945 (=Enzyklopädie deutscher Geschichte 43), München 1997, 170 S.

Internetadressen & Unterrichtsmaterialien

<https://arolsen-archives.org/>

Arolsen Archives – Internationales Center on Nazi Persecution

www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/juedischesleben

Dossier – Jüdisches Leben in Deutschland – Vergangenheit und Gegenwart

www.dubnow.de

Leibniz-Institut für jüdische Geschichte & Kultur – Simon Dubnow (DI)

www.igdj-hh.de

Institut für die Geschichte der deutschen Juden

www.jewish-places.de

jewish places – interaktive Karte zu jüdischen Orten

www.jmberlin.de

Jüdisches Museum Berlin

www.jmberlin.de/links-zu-anderen-museen-und-gedenkstaetten

Linksammlung zu anderen Museen und Gedenkstätten

www.juedische-geschichte-online.net

Dokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte

www.kmk-zentralratderjuden.de/themenbereiche/juedische-geschichte-und-gegenwart

Lern- und Lehrmaterialien zu jüdischer Geschichte und Gegenwart

www.leobaeck.de

Leo Baeck Institute (LBI) in Jerusalem, London und New York sowie Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft (WAG des LBI) in Deutschland

www.lehrer-online.de/fokusthemen/dossier/do/gemeinsame-geschichten-deutsch-juedische-lebenswege

Virtuelle Ausstellung ‚Gemeinsame Geschichte(n) – deutsch jüdische Lebenswege‘ sowie zugehörige Unterrichtsmaterialien

www.medieval-ashkenaz.org

Quellen zu jüdischer Geschichte im spätmittelalterlichen Reich

www.mmz-potsdam.de

Moses Mendelssohn Zentrum – Europäisch-Jüdische Studien

www.schumstaedte.de

Informationen über die SchUM-Stätten in Speyer, Worms & Mainz

www.yadvashem.org/de.html

Yad Vashem – Internationale Holocaust Gedenkstätte

www.zentralarchiv-juden.de

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland

Die Autorin: Prof. Dr. Miriam Rürup ist Historikerin und seit Dezember 2020 Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien und Professorin an der Universität Potsdam.

Im Rahmen ihrer außeruniversitären Tätigkeiten ist sie Mit Herausgeberin der Fachzeitschriften WerkstattGeschichte (seit 2002), Aschkenas (seit 2013) und des Leo Baeck Year Book (seit 2014) sowie der Online-Quellenedition „Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte“. Außerdem ist sie als Fachredakteurin für Jüdische Geschichte beim Internetforum H-Soz-Kult tätig. Seit Januar 2020 ist sie Vorsitzende der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo-Baeck-Instituts in Deutschland.

Zu ihren Forschungsinteressen zählen die deutsch-jüdische Geschichte, Zeitgeschichte (insbesondere die Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus) sowie Migrations- und Geschlechtergeschichte.

Impressum

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/995 15-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion: Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Laura Gerken, Jutta Klaeren, Christine Eckes (Volontärin)

Gutachten: Prof. Dr. Constantin Goschler, Professur für Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Ruhr-Universität Bochum

Redaktionsschluss: Oktober 2021

Titelbild: © Holger Ullmann

Gesamtgestaltung: KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.